

Amtliches Mitteilungsblatt



Juristische Fakultät

Gebührensatzung für den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang International Dispute Resolution (LL.M.)

Herausgeber: Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Nr. 4/2023

Satz und Vertrieb: Abteilung Kommunikation, Marketing und
Veranstaltungsmanagement

32. Jahrgang/2. Februar 2023

Gebührensatzung für den internationalen weiterbildenden Masterstudien- gang „International Dispute Resolution“ (LL.M.)

Gemäß § 17 Abs. 1 Ziffer 3 der Verfassung der Humboldt-Universität zu Berlin vom 24. Oktober 2013 (Amtliches Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin Nr. 47/2013) hat der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät am 15. Dezember 2022 nachfolgende Gebührensatzung für den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang International Dispute Resolution erlassen*:

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Gebührenpflicht, Höhe der Gebühren
- § 3 Zahlung, Rückzahlung der Gebühren
- § 4 Verwendung der Gebühren
- § 5 In-Kraft-Treten

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung regelt die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme am internationalen weiterbildenden Masterstudiengang International Dispute Resolution.

§ 2 Gebührenpflicht, Höhe der Gebühren

(1) Für die Teilnahme am internationalen weiterbildenden Masterstudiengang International Dispute Resolution werden Gebühren in Höhe von 6.450€ pro Semester pro Teilnehmer/Teilnehmer erhoben. Die Gebühren nach Satz 1 enthalten bereits die allgemeinen Gebühren und Beiträge, insbesondere die Gebühren für die Immatrikulation und die Rückmeldungen, den Beiträgen für das Studierendenwerk, die Studentenschaft und das Semesterticket und den Zuschlag zum Beitrag für das Semesterticket.

(2) Die Gebühren nach Abs. 1 Satz 1 werden nicht für Zeiträume erhoben, für die die Teilnehmerin/der Teilnehmer beurlaubt ist und auf die Abnahme von Prüfungen inklusive Betreuung der Abschlussarbeit verzichtet.

(3) Die Gebühren nach Abs. 1 Satz 1 können gestundet, ermäßigt oder erlassen werden, soweit die Zahlung für die Teilnehmerin/den Teilnehmer eine wirtschaftliche Härte bedeuten würde. Entscheidungen nach Satz 1 trifft der Dekan/die Dekanin der Juristischen Fakultät auf Antrag der Teilnehmerin/des Teilnehmers für den Zeitraum eines Semesters. Die Teilnehmerin/der Teilnehmer hat ihre/seine wirtschaftliche Situation glaubhaft zu machen.

(4) Die Gebühren nach Abs. 1 Satz 1 können ermäßigt oder erlassen werden, wenn die Teilnehmerin/der Teilnehmer aus Gründen, die nicht vorhersehbar waren, im

Laufe des Semesters ihre/seine Exmatrikulation beantragt, soweit die Ermäßigung oder der Erlass in Anbetracht des Fortschritts des Semesters und der wirtschaftlichen Situation der Teilnehmerin/des Teilnehmers angemessen ist. Abs. 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(5) Die Juristische Fakultät unterstützt die Teilnehmerinnen/Teilnehmer bei der Erlangung von Stipendien.

§ 3 Zahlung, Rückzahlung der Gebühren

(1) Die Gebühren nach § 2 Abs. 1 Satz 1 werden für das erste Semester und für das zweite Semester mit der Erklärung der Annahme des Studienplatzes fällig.

(2) Kann die Humboldt-Universität zu Berlin eine Studienaufnahme nicht ermöglichen, weil der Studiengang wegen Nichterreichens der Mindestanzahl an Teilnehmern/Teilnehmerinnen nicht kostendeckend finanziert werden kann, werden Gebühren nach § 2 Abs. 1 Satz 1 und 2, die bereits gezahlt wurden, vollständig erstattet.

(3) Wird der Teilnehmerin/dem Teilnehmer eine Beurlaubung bewilligt und erklärt sie/er schriftlich, dass sie/er für die Dauer der Beurlaubung auf die Abnahme von Prüfungen inklusive Betreuung der Masterarbeit verzichtet (§ 2 Abs. 2), werden Gebühren nach § 2 Abs. 1 Satz 1, die bereits gezahlt wurden, für den Zeitraum der Beurlaubung erstattet.

(4) Wird der Teilnehmerin/dem Teilnehmer eine Stundung, eine Ermäßigung oder ein Erlass bewilligt (§ 2 Abs. 3 oder 4), werden Gebühren nach § 2 Abs. 1 Satz 1, die bereits gezahlt wurden, im Umfang der Stundung, der Ermäßigung bzw. des Erlasses erstattet.

§ 4 Verwendung der Gebühren

Die Gebühren nach § 2 Abs. 1 Satz 1 dienen ausschließlich dazu, den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang International Dispute Resolution kostendeckend zu finanzieren.

§ 5 In-Kraft-Treten

(1) Diese Gebührensatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im *Amtlichen Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin* in Kraft.

* Die Universitätsleitung hat die Gebührensatzung am 26. Januar 2023 bestätigt.

(2) Diese Gebührensatzung gilt für alle Studierenden, die ihr Studium nach dem In-Kraft-Treten dieser Gebührensatzung aufnehmen oder nach einem Hochschul-, Studiengang- oder Studienfachwechsel oder einer Wiederimmatrikulation fortsetzen.

(3) Für Studierende, die ihr Studium vor dem In-Kraft-Treten dieser Gebührensatzung aufgenommen oder nach einem Hochschul-, Studiengang- oder Studienfachwechsel oder einer Wiederimmatrikulation fortgesetzt haben, gilt die Gebührensatzung vom 26. Juli 2018 (Amtliches Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin Nr. 51/2018) übergangsweise fort. Mit Ablauf des 30. September 2023 tritt die Gebührensatzung vom 26. Juli 2018 außer Kraft. Die Gebühren werden dann auch für die in Satz 1 benannten Studierenden nach dieser Gebührensatzung erhoben.